



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Sport, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen

Sitzungstermin:	Montag, 28.04.2025
Sitzungsbeginn:	18:01 Uhr
Sitzungsende:	20:22 Uhr
Raum, Ort:	Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald

Anwesend

Vorsitz

Dr. Mignon Schwenke

Mitglied der Bürgerschaft

Katharina Horn

Johannes Barsch

Yannick Elias Bauer

bis TOP 11.6

Stephan Bucars

Tobias Herkules

Antonia Linea Huhn

Franziska Leesch

Susanne Schmidt

Kira Wisnewski

Vertretung für: Raphael Scherer; bis TOP 13

Andreas Winter

sachkundige Person

Ivo Sieder

Eva Nehmzow

Protokollführung

Julia Melanie Friedrich

Abwesend

sachkundige Person

Raphael Scherer

entschuldigt

Verwaltung:

Claudia Kowalzyck
Benny Bernhardt
Anna Gatzke
Carola Felkl
André Hollandt
Sebastian Janke

Beauftragtenbüro
Beauftragtenbüro
Beauftragtenbüro
Amt für Bildung, Kultur und Sport
Amt für Bildung, Kultur und Sport
Immobilienverwaltungsamt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2025
- 4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Rechenschaftsbericht des Beauftragtenbüro 2024
- 7 Informationen des Stadtsportbundes
- 8 Vorstellung des Konzepts barrierefreies Servicebüro avikom-mv e. V.
- 9 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 10 Beschlusskontrolle
- 11 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 11.1 Einrichtung der AG Zukunftsrat BV-V/08/0144
 - 11.2 Greifswald umwelt- und tierfreundlich
*Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI* BV-P-ö/08/0138
 - 11.3 Prüfauftrag: Zebrastrifen auf der Heinrich-Hertz-Straße
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BV-P-ö/08/0145
 - 11.4 Mikrofonnutzung bei Redebeiträgen von Einwohnern
Bürgerschaftsfraktion Christlich Demokratisch Konservative BV-P-ö/08/0149
 - 11.5 Mehr Freiheit in Greifswalder Grünflächen: Überregulierung beenden – Angrillen ermöglichen
Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke BV-P-ö/08/0150
 - 11.6 Strandbadpflege IV/08/0011
- 12 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 13 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2025
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Beratung der Beschlussvorlagen
- 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses
- 9 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Schwenke eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr.

Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit mit 13 anwesenden stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest – mehrheitlich Mitglieder der Bürgerschaft.

Frau Nehmzow weist darauf hin, dass zwischen Ladung und Ausschusssitzung lediglich sechs statt sieben Tage lagen.

Herr Dietrich erklärt, dass die Ladungsfrist fünf Tage beträgt. Aus Kulanz wird eine Woche vor der Sitzung geladen. Aufgrund der Osterfeiertage lagen dieses Mal nur sechs Tage zwischen Ladung und Ausschusssitzung.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Frau Dr. Schwenke informiert über die nachträglich eingegangene Informationsvorlage der Verwaltung zur Strandbadpflege (IV/08/0011) - Punkt 11.6

Frau Dr. Schwenke lässt über die Aufnahme der Informationsvorlage in die Tagesordnung abstimmen.

Frau Dr. Schwenke lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
13	0	0

3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2025

Die Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2025 wird bestätigt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
12	0	1

4 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/Einwohnerinnen

keine

5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Bernhardt

- informiert über mehr barrierefreie Wahllokale zur Landratswahl (42 Wahllokale insgesamt– davon 5 eingeschränkt barrierefrei, 34 total barrierefrei, 3 nicht barrierefrei)
- das ergibt eine Verbesserung von zwei Wahllokalen

Herr Hollandt

- informiert über den Tag des Sports am 16.05.2025
- Programm: vormittags/am frühen Nachmittag - im Volksstadion mit Kitas und Schulen, ab 16:00 Uhr: Freizeitturniere für Hobbymannschaften
- Freischaltung der Online-Anmeldungen erfolgt diese Woche; (Streetball, Fußball)

- Landessportspiele am 21./22.06.2025
- zentrale Fläche: Grünfläche am Schießwall beim Fangenturm
- offizielle Einladung erfolgt durch die Vorsitzende des Landessportbundes

- Mitgliederversammlung des Sportbundes im Mai
- Stimmen aus dem Sport wünschen sich neuen Hallenbelegungsplan, der nach festen Kriterien bearbeitet wird
- Mitglieder des Sportbundes werden im Rahmen der Mitgliederversammlung Vertreter benennen, die in einer AG mitarbeiten werden, die bis zum Winterplan gemeinsam Kriterien erarbeiten wird, wie die zukünftige Hallenbelegung aussehen soll
- wer aus dem Sportausschuss teilnehmen möchte, ist herzlich eingeladen
- Informationen über die Sitzungstermine und Ergebnisse zu gegebener Zeit

6 Rechenschaftsbericht des Beauftragtenbüro 2024

Frau Kowalzyck, Frau Gatzke und Herr Bernhardt stellen den Rechenschaftsbericht des Beauftragtenbüros 2024 vor. Der schriftliche Bericht ist allen bereits zugegangen.

Frau Engel stellt ihre Tätigkeit im Ehrenamt als Kinderbeauftragte vor. Diese beinhaltet u. a. die Vorbereitung und Nachbereitung von Sitzungen, Protokollführung, die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen, Unterstützung bei verschiedenen Veranstaltungen. Frau Engel ist die Schnittstelle zur Verwaltung und zu den Fraktionen.

Frage von Frau Nehmzow: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Polizei in Bezug auf die Kinder-Fahrraddemo? Die Stadtwerke haben zum ersten Mal das Fahrradfest aufgrund von Sicherheitsbedenken (Terrorgefahr bei Großveranstaltungen) absagen müssen.

Frau Engel: Die Frage kann nicht im Detail beantwortet werden, da der ADFC die Anmeldung übernimmt. Ob dem ADFC der Auflagenbescheid bereits zugegangen ist, ist unklar. Dies passiert oft kurzfristig vor der Veranstaltung. Allen Akteuren ist klar, dass im Rahmen dieser Veranstaltung niemandem etwas passieren darf. Zur detaillierten Beantwortung der Frage wird auf den ADFC.

Frau Wisnewski fragt, ob es mittlerweile die Möglichkeit gibt, in der Stadtverwaltung/im Bürgeramt englischsprachige Termine zu reservieren?

Antwort von Frau Gatzke Derzeit ist es noch nicht möglich, Termine in englischer Sprache zu buchen. Angelegenheit liegt in der Zuständigkeit des Personalamtes. Das Projekt ist mit Finanzierungen verbunden – derzeit vorläufige Haushaltsführung.

Frau Dr. Schwenke weist auf den Beschluss in der letzten Bürgerschaftssitzung vor der Kommunalwahl hin. Demnach sollen die Sprachkenntnisse der Mitarbeiter, die im Bürgerkontakt sind, ausgeweitet werden.

Herr Hollandt bedankt sich für die Vorstellung. Frau Engel übt die Tätigkeit im Rahmen des Ehrenamts aus. Es gab die Planung, dass es eine hauptamtliche Stelle in der Stadtverwaltung geben soll. Möchte noch einmal in Gedächtnis rufen, dass die Arbeit, die hier im Ehrenamt geleistet wird, sich in Bezug auf Umfang und Qualität sehr sehen lassen kann.

Frau Dr. Schwenke findet es bemerkenswert, dass es Menschen in der Stadtverwaltung gibt, deren Arbeit insbesondere darauf ausgerichtet ist, die Stadtgesellschaft einzubeziehen.

Anlage 1 Präsentation - Beauftragtenbüro Sachbericht 2024 öffentlich

7 Informationen des Stadtsportbundes

Frau Kremer hat sich kurzfristig entschuldigt, **Herr Dr. Mahlitz** (Vorsitzender des Stadtsportbundes) ist ebenfalls abwesend. Sofern es Fragen an den Stadtsportbund gibt, können diese an Frau Kremer gerichtet werden.

Frau Dr. Schwenke informiert über den vorzeitigen Aufstieg des Handballclubs Vorpommern-Greifswald e. V. am 12.04.2025. Das letzte Heimspiel findet am 03.05.2025 in der Mehrzweckhalle statt.

8 Vorstellung des Konzepts barrierefreies Servicebüro avikom-mv e. V.

Eine Vertreterin der avikom-m-v e. V. stellt das Konzept eines barrierefreien Servicebüros vor.

Diese Idee gab es erstmals seit dem Umbau der alten Post zum Verwaltungsgebäude und während des Umbaus des alten Amtsgerichts zum Verwaltungsgebäude Am Tierpark. Geplant ist ein barrierefreies Servicebüro der Stadtverwaltung Greifswald für Menschen mit Schwerbehinderung, kurzzeitig gesundheitlich Eingeschränkte und Senioren.

Es wäre einfacher einen Raum zu schaffen, der barrierefrei für alle zugänglich ist und mit der Verwaltung vernetzt ist, sodass die erwähnten Personengruppen mit unterschiedlichen Anliegen dort hingehen können. Dies wäre kostensparender als alle einzelnen Abteilungen in Gebärdensprache zu schulen und die Räumlichkeiten barrierefrei auszurichten (z. B. Fahrstühle, Rampen, etc.). Wenn dieser Raum bereits eingerichtet ist, würde es Sinn machen, ihn als einziges barrierefreies Wahllokal zur Verfügung zu stellen.

Das alte Amtsgericht wäre der ideale Standort (gute Anbindung, Parkplatzmöglichkeiten). Der ehemalige Pförtner-Raum (direkt im Eingangsbereich) wäre zur Einrichtung des Servicebüros sinnvoll. In diesem Servicebüro würde ein für die jeweiligen Behindertengruppen geschulter Verwaltungsmitarbeiter sitzen, der mit der restlichen Verwaltung vernetzt ist, einfache Anliegen bereits bearbeiten und Termine vereinbaren könnte (z. B. wenn eine Kommunikationshilfe benötigt wird). Hierfür müsste keine neue Stelle geschaffen werden.

Bsp. Anliegen bei der Führerscheinstelle: Bürger kommt in das Servicebüro und bespricht

mit dem Verwaltungsmitarbeiter sein Anliegen. Der Mitarbeiter würde sich sodann mit der Führerscheinstelle vernetzen, Formulare ausdrucken und die Angelegenheit bearbeiten.

Nachteile des Stadthauses sind u. a.: Parksituation, schwere Türen, digitale Anzeigen haben keine akustischen Anzeigen.

Vorschlag für einen anderen Ort: Räume des ehemaligen Reisebüros (Stadthaus).

Herr Bernhardt bedankt sich für die Ausführungen. Ein Austausch mit den Verwaltungskollegen ist bereits erfolgt. Sinn der Beauftragten ist, für diese Personengruppen ansprechbar zu sein und zu vermitteln. Bsp.: Herr Bernhardt sitzt im Haus der Begegnung, welches barrierefrei zugänglich ist und über ein Blindenleitsystem verfügt.

Die Vertreterin: Es geht beim Servicebüro um eine reine Lotsenstruktur. Hinweis auf immense Kosten, wenn alle Mitarbeiter in DGS geschult werden.

Herr Bernhardt: Wenige Verwaltungsmitarbeiter wurden im letzten halben Jahr in DGS geschult. Ggf. sollte in jedem Bereich ein Mitarbeiter geschult werden.

Die Vertreterin: Dies wäre zu viel Aufwand. Betroffene benötigen eine Anlaufstelle.

Herr Sieder: Bei Umbauten oder Neubauten wird die Barrierefreiheit schon mitgedacht. Die Bedürfnisse audio-visuell eingeschränkter Personen werden nicht so häufig berücksichtigt. Ein Lotsenbüro könnte Sinn machen, ohne die praktische Umsetzbarkeit ad hoc diskutieren zu können. Beratungen können die Beauftragten zeitlich nicht leisten und ist vermutlich nicht ihre Aufgabe. Die Idee des Servicebüros sollte genauer geprüft werden.

Herr Barsch fragt nach, ob Verwaltungsdienstleistungen in diesem Servicebüro erbracht werden oder es lediglich die Funktion eines Lotsenbüros hätte. Wenn es sich um ein Servicebüro handeln sollte, bestehen Bedenken darüber, dass damit ein separater Ort geschaffen wird, der sich für die Betroffenen wie eine weitere Separation anfühlen könnte.

Wenn in der AG „Barrierefrei“ Einigung besteht, spricht nichts dagegen, über den Sozialausschuss einen entsprechenden Prüfauftrag in die Bürgerschaft einzubringen.

Die Vertreterin erklärt, dass es nicht um die Beratung der Menschen geht, sondern nur um einen barrierefreien Zugang in die Greifswalder Verwaltung.

Herr Bucars merkt an, dass hauptsächlich die Krankenkassen, Pflegekassen und der MDK für Beratungen zuständig sind. Ein Prüfauftrag wäre denkbar. Fraglich ist jedoch, wie viele Menschen dieses Servicebüro überhaupt in Anspruch nehmen würden. In der Vergangenheit wurde der Stadt angeboten, ein barrierefreies Wahllokal in dem Pflegeheim (in dem Herr Bucars arbeitet) einzurichten. Dies wurde von der Stadt abgelehnt.

Frau Horn zieht ihren Redebeitrag zurück und schließt sich den Ausführungen von Herrn Barsch an.

Frau Dr. Schwenke schließt sich teilweise dem Redebeitrag von Herrn Barsch an. Eine Kostenersparnis würde durch die Einrichtung dieses Servicebüros nicht erfolgen. Nicht alle älteren Menschen oder Menschen mit Einschränkungen würde dort hingehen. Für eingeschränkte Menschen wäre es vielleicht sogar besser, in ihrer Umgebung Behördengänge zu erledigen statt zu einer Stelle, die ausschließlich dafür ausgewiesen ist, gehen zu müssen. Ein Servicepunkt für bestimmte Anlaufprobleme ist einen Prüfauftrag wert. Trotzdem müsste weiter darüber nachgedacht werden, z. B. Türöffner im Stadthaus

installieren zu lassen.

Frau Kowalzyck spricht sich dafür aus, bestehende Verwaltungsstrukturen zu stärken und mehr bekanntgemacht zu werden. Der Seniorenbeirat bietet dies an.

Alle Verwaltungsleistungen, die digital angeboten werden, werden weiterhin analog angeboten, sodass auch Personen, die Probleme damit haben, ein Handy oder PC zu bedienen, die gleichen Möglichkeiten haben.

Herr Hollandt merkt an, dass die Errichtung einer Lotsenstelle einen sehr hohen bürokratischen Aufwand bedeuten würde. Sofern Leistung in der Lotsenstelle nicht erbracht werden kann, müsste der Lotse beispielsweise vom Verwaltungsgebäude am Tierpark zum Stadthaus und wieder zurück zum Verwaltungsgebäude am Tierpark. Für den Bürger könnte das auch einen höheren Aufwand bedeuten, wenn dieser dadurch zwei Mal zum Verwaltungsgebäude am Tierpark kommen müsste.

Die Installation von Türöffnern im Stadthaus wäre sinnvoll.

Die Vertreterin des Vereins kann die Einwände teilweise nicht nachvollziehen. Es ist fraglich, warum durch die Errichtung eines Servicebüros mehr Kosten entstehen sollten, wenn keine neue Stelle geschaffen werden muss und sich der Umbaubedarf des ehemaligen Pförtnerbüros in Grenzen hält.

Sie ist offen für andere Vorschläge. Sie weist darauf hin, dass es diesen Wunsch schon lange gibt und Menschen diesbezüglich oft an sie herantreten. Die Gruppe der alten Menschen fällt im Alltag „hinten runter“. Hoffte, dass das Anliegen überdacht wird und ggf. Ideen oder andere Vorschläge eingebracht werden.

9 **Mitteilungen des/r Vorsitzenden**

keine

10 **Beschlusskontrolle**

keine

11 **Beratung der Beschlussvorlagen**

11.1 **Einrichtung der AG Zukunftsrat**

BV-V/08/0144

Herr Dietrich teilt mit, dass sich darum bemüht wurde, weitere Fördermittel zu akquirieren. Herr Dietrich informiert darum, dass die Robert-Bosch-Stiftung eine Förderung i. H. v. 60.000,00 € für den gesamten Zeitraum zugesagt hat, d. h., dass von dieser Stiftung die entsprechende Förderung kommt und weniger von den anderen Fördermitteln verwendet werden muss. Im Moment gibt es noch Verhandlungen mit einer anderen Stiftung. Ggf. müssen dann gar keine staatlichen Fördermittel aufgewendet werden.

Zur konkreten Vorlage: Aufgaben der Steuerung des Zukunftsrats sind z. B. die Ausgestaltung der Moderation, Tagungsort, Angebote zu Erleichterungen für Teilnehmer. Ein entsprechender Vorschlag wurde gemacht (**Anlage** zur Vorlage). Zusammensetzung soll aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft bestehen. Es wird vorgeschlagen, die aufgeführten Personen einzusetzen (Aufzählung ist erweiterbar oder kürzbar). Die Bürgerschaft muss dies festlegen. Es soll eine Steuerungsgruppe zusammenkommen, die möglichst effektiv arbeitet.

Herr Sieder hat sich in der letzten Ausschusssitzung vorsichtig zum Thema Zukunftsrat geäußert und zwar dahingehend, dass er eine sinnvolle Ergänzung der bürgerschaftlichen Gremien ist.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist das in dieser vorgeschlagenen Zusammensetzung der AG nicht ganz gewährleistet.

Die Bürgerschaft ist diverser als in der Vergangenheit, daher wird es für sinnvoll gehalten, wenn – so wie auch in den anderen AG – jede Fraktion einen Vertreter hat und für den Fall der Verhinderung einen Stellvertreter aus der gleichen Fraktion. Die CDU würde begrüßen, wenn die Politik dann dementsprechend mehr vertreten wäre, sodass jede Fraktion drin ist und nicht mehr die beiden Ausschussvorsitzenden sondern zusätzlich ein Vertreter jeder Fraktion und die Präsidentin der Bürgerschaft als Gesamtvertreterin, die auf der Meta-Ebene agiert.

Ein entsprechender Änderungsantrag wird möglicherweise gestellt werden.

Herr Barsch sieht die Vorlage im Wesentlichen als unkritisch an. Die Anmerkungen der CDU-Fraktion sind nicht nachvollziehbar, da es sich um eine rein organisatorische Gruppe handelt. Es erschließt sich nicht, warum Fraktionen dort gesondert beteiligt sein sollen.

Frau Nehmzow fragt, wer neben der Präsidentin der Bürgerschaft als Leiterin teilnehmen soll und warum nicht jemand aus der Verwaltung teilnimmt.

Frau Dr. Schwenke antwortet, dass die Verwaltung ebenfalls dabei ist und fragt nach, ob Frau Nehmzow die Liste nicht vorliegt.

Herr Dietrich erklärt, dass die Bürgerschaft mit dem Beschluss festgelegt hat, dass es Jahresberichte geben soll, die im Sozial- und Bildungsausschuss vorgestellt werden sollen. Das ist der Hintergrund der Beteiligung der Ausschussvorsitzenden. Es handelt sich nur um einen Vorschlag – Änderungsvorschläge können gern gemacht werden.

Frau Dr. Schwenke teilt mit, dass von der Verwaltung der OB, die Projektkoordination, das Quartiersmanagement und Vertreter aus der Zivilgesellschaft (aus den bürgerschaftlichen Beiräten, Fach- und Koordinierungsstelle der Patenschaft für Demokratie, Vertretung der wissenschaftlichen Begleitung und Vertreter der involvierten Stiftungen) teilnehmen.

Frau Nehmzow erklärt, dass es hier um Bürgerbeteiligung gehen sollte. Bei der vorgeschlagenen Besetzung handelt es sich um die „üblichen Verdächtigen“.

Dr. Schwenke stellt klar, dass es sich um die Steuerungsgruppe und nicht um den Zukunftsrat handelt. Der Zukunftsrat wird aus zusammengelosten Menschen aus der Stadt bestehen. Die Steuerungsgruppe wird lediglich den organisatorischen Rahmen bestimmen.

Frau Nehmzow sagt, dass 20 Personen für eine Steuerungsgruppe zu viel sind.

Herr Winter erklärt, dass sein größter Kritikpunkt damals war, dass der Zukunftsrat schnell politisch eingefärbt werden kann und vermutlich auch wird. Deswegen hat Herr Winter seinerzeit auch dagegen gestimmt.

Die große Steuerungsgruppe besteht wieder aus parteipolitischen Kollegen, der Verwaltung oder aus Gremien, etc.

Für die Steuerungsgruppe würden eventuell auch 2 – 3 Personen ausreichen auch hinsichtlich des Kosten- und Zeitfaktors.

Herr Dietrich erklärt, dass es sich lediglich um einen Vorschlag handelt. Die Anzahl der Mitglieder der Steuerungsgruppe kann reduziert werden. Es kann ein entsprechender Änderungsantrag gestellt werden mit einer Anzahl von Personen oder mit der Benennung konkreter Personen.

Die Liste der vorgeschlagenen Zusammensetzung befindet sich im **Anhang** zum Beschlussvorschlag.

Frau Dr. Schwenke stellt klar, dass sie nicht nur Vertreterin ihrer Fraktion, sondern Vertreterin des Ausschusses ist. Sie bemüht sich, überparteilich zu agieren sowohl im Ausschuss als auch als Vertreterin in einem solchen Gremium.

Abstimmung: Wer stimmt dem Beschlussvorschlag aus heutiger Sicht (bevor die Fraktionen ihr endgültiges Urteil gefällt haben) zu?

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	2	1

11.2 Greifswald umwelt- und tierfreundlich

BV-P-ö/08/0138

Ergebnis:

in den nächsten Sitzungszyklus verschoben

11.3 Prüfauftrag: Zebrastreifen auf der Heinrich-Hertz-Straße

BV-P-ö/08/0145

Frau Horn bringt den Beschlussvorschlag ein. Die Novelle der Straßenverkehrsordnung soll zu Nutzen gemacht werden um auszutesten, ob die Kommune nun einen größeren Spielraum hat z. B. ob selbst entschieden werden kann, wo Zebrastreifen eingerichtet werden.

Da der Umfang des Handlungsspielraums noch nicht klar ist, wird um Zustimmung des Prüfauftrags gebeten.

Herr Sieder hat dem Protokoll der OTV Schönwalde I/Südstadt entnommen, dass noch etwas in den Beschlussvorschlag eingearbeitet werden sollte.

Hat die kleine Anfrage der AfD-Fraktion zur Verkehrssituation Hertzstraße Auswirkungen auf den Prüfauftrag oder die Sachdarstellung?

Frau Horn teilt mit, dass die Einarbeitung aus der OTV bisher noch nicht erfolgte. In der Fraktionssitzung am 30.04.2025 wird noch einmal darüber gesprochen.

Die Kleine Anfrage der AfD liegt Frau Horn noch nicht vor aber diese wird sicherlich keinen Einfluss auf die politische Arbeit haben.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
11	0	2

Herr Winter bringt den Beschlussvorschlag ein.

Die Einbringer sollten die Möglichkeit haben, von vorne aus sprechen zu können, damit sie gesehen werden können. Das Sprechen von hinten führt zu Akustik- und Verständnisproblemen, weil sich alle umdrehen müssen.

Die Ermutigung für eine Beteiligung soll dadurch erhöht werden.

Herr Dietrich führt aus, dass die Präsidentin der Bürgerschaft der Fraktion geantwortet hat. Es stellt sich die Frage, ob die Vorlage nicht zu stark in § 29 Abs. 1 Kommunalverfassung eingreift (Hausrecht/Ordnungsrecht der Präsidentin der Bürgerschaft). So eine Regelung, müsste nach § 17 Kommunalverfassung in die Hauptsatzung aufgenommen werden, d. h. die Vorlage müsste so umgeschrieben werden. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen müssten aufgenommen werden (z. B. Speicherdauer, Löschung, etc.).

Herr Dietrich hat mit dem Landesdatenschutzbeauftragten telefoniert. Dieser hat eine schriftliche Stellungnahme angekündigt.

Damals gab es noch keine konkreten Regelungen zum Datenschutz in der Kommunalverfassung. Der Datenschutzbeauftragte hat schon signalisiert, dass wenn diese Vorlage kommt, wird der Stream entweder nicht speicherbar sein oder er müsste nach kurzer Zeit wieder gelöscht werden.

Der Grund hierfür ist, dass die Personen, die für die Bürgerschaft sprechen, mandatsspezifisch vorne stehen. Dadurch ist die Speicherung für die Zeit der Wahlperiode gestattet. Die Bürger sind nur sitzungsbezogen vor Ort. Ein weiteres Problem ist die schriftliche Einwilligung, die eingeholt werden muss, d. h. Personen müssten sich vorher anmelden oder vorne eine Einwilligungserklärung ausfüllen, dass sie gestreamt werden.

Die Thematik wurde bereits sieben Mal im Präsidium besprochen und es wurde sich immer darauf geeinigt, dass man es beim Status Quo belässt.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	7	4

Anlage 1 Datenschutzrechtliche Bewertung der Vorlage „Mikrofonnutzung bei Redebeiträgen von Einwohnern“ öffentlich

11.5 Mehr Freiheit in Greifswalder Grünflächen: Überregulierung beenden – Angrillen ermöglichen

Herr Barsch bringt die Vorlage ein. Vor einigen Jahren gab es die Diskussion in der Bürgerschaft über eine Verwaltungsvorlage über eine neue Satzung zum Schutz der Grünflächen in der Stadt. Die Satzung hat vorgesehen, dass das Grillen in den Grünanlagen grundsätzlich untersagt ist. Der damalige Kompromiss war die Aufnahme einer Klausel, dass in jedem Stadtteil eine öffentliche Grillfläche ausgewiesen wird. Lediglich die Wiese am Museumshafen wurde ausgewiesen und diese reicht nicht aus.

Das Wort „Rausch“ ist nicht eindeutig definiert.

Herr Sieder sagt, dass es nicht einzusehen ist, dass der Kompromiss plötzlich nichts mehr bedeuten soll, nur weil die Stadt noch nicht tätig war und weitere Grillplätze erlaubt hat. Es ist auch immer eine Interessenabwägung zwischen den Interessen der Anwohner und den Interessen der Nutzer. Es wäre sinnvoll, wenn die Verwaltung bis zum Hauptausschuss oder bis zur Bürgerschaftssitzung konkret mitteilt, ob der Auftrag der Bürgerschaft, der bereits beschlossen wurde, überhaupt umgesetzt wird.

Frau Wisnewski erklärt, dass ihrer Erinnerung nach feuerfeste Plätze geschaffen werden müssten, sofern die Stadt das Grillen nicht verbietet, deshalb ist das Grillen offiziell nicht erlaubt.

Herr Bucars fragt, wer dann zuständig für die Entsorgung und z. B. für die Schaffung von Entsorgungsplätzen wäre. Wie hoch wären die Kosten?

Herr Winter erklärt, dass die Fraktion nicht zustimmen wird aufgrund der Vermüllung und der Geruchs- und Lärmbelästigung. Dafür benötigt man große Grünflächen.

Frau Schmidt findet den Vorschlag grundsätzlich gut. Problematisch ist der Begriff „Vollrausch“ – Vollrausch besteht erst ab 2,5 ‰. Das würde heißen, dass man eine Person erst ab diesem Wert verweisen dürfte.

Herr Barsch antwortet, dass niemand weiß was die Formulierung „Vollrausch“ bedeuten soll. Es gibt keine konkrete Definition.

Frau Nehmzow ist Anliegerin des Museumshafens und weist auf Lärm- und Geruchsbelästigungen, Müll, etc. hin - vor allem in den Sommermonaten.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	6	3

11.6 Strandbadpflege

IV/08/0011

Herr Bauer verlässt die Sitzung um 20:04 Uhr.

Herr Janke beantwortet die an die Verwaltung gestellte Anfrage,

1. den Bereich des Wassersaumes und des Beachvolleyball-Feldes von Beton-Brocken und Bewuchs zu befreien.

Die Aufgabe kann mit der in der Verwaltung vorhandenen Personalkapazität nicht geleistet werden. Denkbar wäre die Vergabe an einen Dienstleister beispielsweise eine Auftragerweiterung des bestehenden Dienstleistungsvertrages für die Strandbadpflege. Die Ausschreibung erfolgt alle 4 Jahre (Rasenmähd, Reinigung Sanitäranlagen, Kleinstreparaturen). Es gibt keinen speziell ausgewiesenen Bereich für die Beachvolleyballer. Der Bereich vom Rettungsturm der DLRG bis hin zum Hundestrand wird häufig von den Beachvolleyballern genutzt. Nach Rücksprache mit dem Dienstleistungs-Mitarbeiter vor Ort befinden sich Beton-Brocken im nordwestlichen Bereich Richtung Sperrwerk (wo Steine mit Beton zugegossen werden). Der Bereich unterliegt der Unterspülung sodass Brocken herausplatzen. Direkt am Deich wurden unterspülte lose Gesteinsschichten mit technischen Geräten abgetragen und Geröll nicht ordnungsgemäß entsorgt. Eine entsprechende Meldung an das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt ist erfolgt. Größere Steine können nicht durch die Siebmaschine entfernt werden. Den

Bereich komplett zu reinigen, stellt einen enormen Aufwand dar, deswegen die Idee, dass die Reinigung durch die Schaufel eines Traktors erfolgt. Der Dienstleister würde die Kosten hierfür natürlich umlegen. Es müsste festgelegt werden, in welchen Abständen gereinigt werden soll. Pro Reinigung belaufen sich die Kosten auf ca. 3.000,00 €/Reinigung.

Der vermehrte Bewuchs hat mit der hohen Frequentierung zu tun, d. h. Saaten verteilen sich vermehrt im Sand. Der Bereich müsste mit einer Fräse bearbeitet werden.

2. Anschaffung eines Grubbers als Anbaugerät zu eruieren, um den Beachvolleyball-Bereich aufzulockern

Die Anschaffungskosten einer geeigneten Fräse (für 20 – 30 cm Tiefe) betragen ca. 10.000,00 €. Die Kosten werden teilweise auf die UHGW umgelegt oder die UHGW beschafft die Fräse eigenständig. Wenn die Kosten für ein geeignetes Gerät mehr als 2.000,00 € betragen, dann als Infovorlage in den Gremienlauf zurück.

Ein Arbeitsvorgang mit der Fräse die an einem Traktor vorgeschallt wird, beträgt ca. 200,00 € (Servicemitarbeiter, Fräse, Benzin). Die Kosten würden dann zusammen mit den Personalkosten auf die UHGW umgelegt werden oder Vergabe an Drittanbieter. Der Servicemitarbeiter vor Ort wäre kostengünstiger als die Beauftragung einer Drittfirma. Jedoch inkludiert dieser Arbeitsgang bereits die Entfernung des Bewuchses, da es sich teilweise um dieselbe Fläche handelt. Kosten: ca. 500,00 €/Arbeitsdurchgang – Fläche: ca. vom Rettungsturm bis zum Hundestrand.

Es ist festzulegen, wie oft die Auflockerung stattfinden soll.

Man muss sich entscheiden, ob dies noch vor der Badesaison (20.05.2025 – Mitte/Ende September) erfolgen soll (HH-Lage).

3. Erarbeitung einer langfristigen Strategie, den ursprünglichen Zustand aus feinem, weichen und weißen Ostseesand wiederherzustellen.

Die Kosten der vergangenen Strandaufspülung im Jahr 2023 belaufen sich auf ca. 472.000,00 € (Fa. Hasspecker & Lieberenz Bau GmbH & Co. KG, Röckwitz).

Nach Aufspülung wies der Sand auch keine Ostseesandqualität auf. Der Greifswalder Bodden ist sehr lehmhaltig. Anfragen zur Bereitstellung von feinem, weißen Sand seitens der Stadtverwaltung in verschiedenen Gartenbaubetrieben haben bisher kein Ergebnis erzielt. Aufgrund der angespannten HH-Lage, ist es fraglich, ob eine Ausschreibung o. Ä. erfolgen sollte, um Ostseestrandsandqualität herzustellen.

Der derzeit gebundene Servicemitarbeiter vor Ort hat ein häufigeres Sieben angeboten, um ggf. eine zumindest geringfügige Verbesserung herzustellen. Zusätzliche Kosten fielen auch hier an, allerdings nicht vergleichbar mit einer Neuaufschüttung. Grundsätzlich können natürlich in die Haushaltsplanung ab 2027 finanzielle Mittel aufgenommen werden.

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

12 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Frau Nehmzow bittet im Auftrag von Bürgerinnen und Bürgern der Universitäts- und Hansestadt Greifswald um Prüfung, wie viele Essen in den städtischen Schuleinrichtungen über Hanse-Haus gebucht werden und erklärt, dass es viele Beschwerden und Verbesserungsvorschläge hinsichtlich der Qualität und der Preise des Essens gibt. Ggf. ist es überlegenswert, einen anderen Caterer zu beauftragen.

Frau Felkl fragt, um welche Schule es sich konkret handelt?

Frau Nehmzow antwortet, dass es um verschiedene Schulen geht, die vom Hanse-Haus beliefert werden.

Frau Felkl benötigt mehr Informationen. Es gibt hin und wieder Beschwerden über das Essen, dann werden Gespräche mit den Caterern geführt. Dies betrifft teilweise das Hanse-Haus oder Apetito.

Frau Nehmzow fragt, wie viele Essen überhaupt noch gebucht werden. Steigen oder fallen die Zahlen der Bestellungen?

Frau Felkl antwortet, dass die Ermittlung der Zahlen keine Schwierigkeit darstellen sollte. Es wird erfragt, ob es steigende, rückgängige oder gleichbleibende Zahlen gibt.

Frau Nehmzow regt an, noch nachzufragen, ob bei Hanse-Haus direkte Beschwerden eingegangen sind.

13 Ende der Sitzung

Frau Wisnewski verlässt die Sitzung um 20:20 Uhr.

Die Vorsitzende beendet die öffentliche Sitzung.

Protokollführung

Vorsitzende

Julia Melanie Friedrich

Dr. Mignon Schwenke